

# Aktionsbündnis Sozialproteste

Homepage: [www.die-soziale-bewegung.de](http://www.die-soziale-bewegung.de)

Email: [info@die-soziale-bewegung.de](mailto:info@die-soziale-bewegung.de)



Rundmail

25. November 2015

## Einladung bundesweites Treffen 19.12. in Göttingen Wo stehen wir?

Liebe Mitstreiterinnen und Mitstreiter,  
liebe Kolleginnen und Kollegen,

wir laden Euch herzlich zum 67. bundesweiten Treffen am 19. Dezember in Göttingen ein.

**Zeit:** Sa, 19. Dezember 2015, 12 - 17 Uhr.

**Ort:** ver.di Sitzungssaal, Groner-Tor-Straße 32, Göttingen, barrierefreier Zugang -

Anreisebeschreibung:

[www.die-soziale-bewegung.de/mails/ortsbeschreibungen/Anreise\\_Goettingen\\_verdi\\_Buero.pdf](http://www.die-soziale-bewegung.de/mails/ortsbeschreibungen/Anreise_Goettingen_verdi_Buero.pdf)

### Unser Vorschlag zur Tagesordnung:

1. Formalia (Begrüßung, Moderation, Protokoll, Tagesordnung, Genehmigung letztes Protokoll), Vorstellungsrunde – den Entwurf des Protokolls vom 17.10. in Magdeburg werden wir Euch in einer nächsten Rundmail vorlegen.
2. Bestätigung der weiteren Kokreismitglieder, die weder am 17.10. anwesend waren noch eine Information hinterlegt hatten, ob sie wieder für den Kokreis kandidieren möchten.
3. Stand der Dinge zu 500-10 (steuerfrei). Soll der eingeschlagene Weg weiter gegangen werden? Wie?
4. Stand der Dinge „Rechtsvereinfachungen“
5. Weitere Themen der Sozialproteste
6. Aktuelles

### Der Inhalt dieser Rundmail:

- Wo stehen wir? Erste Anfänge der LINKEN, die beschlossene Forderung umzusetzen
- Faltblatt des Landesverbandes DIE LINKE. Niedersachsen in 100.000-facher Auflage
- Die Ergebnisse der Gewerkschaftskongresse
- Was bedeuten die Entwicklungen insgesamt für die Sozialproteste?
- Wie die Bevölkerung über Jahrzehnte zum Gegner des Sozialstaats gemacht worden ist

Außerdem senden wir Euch im Anhang die Stellungnahme des ABSP zur Flüchtlingspolitik aus der vorigen Rundmail, zu einem einfachen Flugblatt verarbeitet.

### Wo stehen wir? Erste Anfänge der LINKEN, die beschlossene Forderung umzusetzen

Es ist gelungen, dass die Forderung der Sozialproteste nach der Steuerfreiheit des Existenzminimums von Erwerbstätigen Beschlusslage der Partei DIE LINKE geworden ist. Aber es brennt. Fast jeden Tag eine Flüchtlingsunterkunft. Deshalb sagen wir in unserem Flugblatt „Statt Sündenbockstrategien“:

*„Das ABSP verurteilt die Verschärfung des Asylbewerberleistungsgesetzes durch das von der Großen Koalition am 15.10.2015 verabschiedete Asylverfahrensbeschleunigungsgesetz.“*

*Es sieht darin einen gefährlichen Angriff nicht nur auf die in Deutschland und Europa Hilfe und Asyl suchenden Flüchtlinge, sondern auch auf die anderen in Deutschland und in der Europäischen Union lebenden Armen, auf die Erwerbslosen, auf die Beschäftigten im Niedriglohnbereich wie auf die Normalverdienenden“.*

Auch die in der Folge der Anschläge in Paris von offizieller Seite in Deutschland geschürte Panikmache, die die Anschlag- und Fluchtursachen verschleiern, wird zum Abbau demokratischer Rechte und zur Verschlechterung der Sozialleistungen inszeniert. Flüchtlinge und Erwerbslose dürfen sich nicht spalten und gegeneinander ausspielen lassen.

Wir wollen das Existenzminimum in dieser Gesellschaft verteidigen und dafür sorgen, dass der Hartz-IV-Regelsatz so weit angehoben wird, dass er das reale Existenzminimum deckt, also auf allermindestens 500 Euro. Auch der gesetzliche Mindestlohn soll in diesem Sinn durch politische Entscheidung sofort noch einmal um einen ordentlichen Schritt auf mindestens 10 Euro angehoben werden. Um dieses Ziel zu erreichen, wollen wir auch dafür sorgen, dass das Existenzminimum von Erwerbstätigen nicht mehr ausgerechnet durch Lohn- und Einkommensteuer verletzt wird. Es gibt genug Reichtum, um vor allem diesen zu besteuern.

**Wir leben nicht mehr im Feudalismus, in welchem die Bevölkerung untereinander um den letzten Krümel kämpfen sollte, aber der Königshof auf keinen Fall**

**Einschränkungen hinnehmen durfte.** Es wird Zeit, dass endlich wieder Reiche, Superreiche und große Konzerne viel stärker besteuert werden, statt dass Menschen mit niedrigem Einkommen einen viel zu großen Teil der öffentlichen Aufgaben mitfinanzieren. Seit 2009 hatte die Partei DIE LINKE ebenso wie alle anderen Bundestagsparteien unsere Forderung nach Steuerfreiheit des Existenzminimums abgelehnt. Aber dieses Jahr hat der Bundesparteitag endlich in unserem Sinn entschieden.

#### **Faltblatt des Landesverbandes DIE LINKE. Niedersachsen in 100.000-facher Auflage**

Um den Beschluss des Bundesparteitags umzusetzen, hat der Landesverband DIE LINKE. Niedersachsen als erster 100.000 Faltblätter gedruckt, damit über seine Kreisverbände die neue Position der LINKEN an die Bevölkerung herangetragen wird:

[http://www.dielinke-nds.de/das\\_muss\\_drin\\_sein/detail/zurueck/das-muss-drin-sein/artikel/faltblatt-fuer-die-steuerfreiheit-jedes-gesetzlichen-mindestlohns/](http://www.dielinke-nds.de/das_muss_drin_sein/detail/zurueck/das-muss-drin-sein/artikel/faltblatt-fuer-die-steuerfreiheit-jedes-gesetzlichen-mindestlohns/)

Ein Zitat aus diesem Faltblatt: *„Jahrzehntelang haben die Regierungsparteien mit dem wohlklingenden Wort „Steuersenkungen“ Politik gemacht. Steuersenkungen haben auch stattgefunden, allerdings nicht da, wo Sie als Wählerin und Wähler sie erhofft haben: Profitiert haben davon vorwiegend Unternehmen, Spekulanten und Großverdiener. [...] DIE LINKE will das ändern: Der Grundfreibetrag der Einkommensteuer muss um mehr als die Hälfte angehoben werden.“*

#### **Die Ergebnisse der Gewerkschaftskongresse:**

Der Bundeskongress ver.di hat im Leitantrag beschlossen, dass „eine Auseinandersetzung um die Erhöhung des steuerlichen Existenzminimums aktiv zu führen“ sei.

Das ist ein wichtiger Fortschritt, der für unsere Forderungen Türen innerhalb dieser Gewerkschaft öffnen kann.

Dem Gewerkschaftstag der IG Metall lag zwar der ordentliche Antrag 1.006 zur Steuerfreiheit des gesetzlichen Mindestlohns vor. Die Delegierten folgten jedoch der Empfehlung der Antragsberatungskommission zur Ablehnung des Antrags. Es wurde aber gemeinsam mit dem Rhein-Main-Bündnis die Gelegenheit genutzt, insgesamt 850 Flugblätter der Kampagne 500-10 (steuerfrei) während dieser Woche an die 500 Delegierten und weitere Besucher des Gewerkschaftstags zu verteilen. Die Flugblätter wurden aufgrund des vorliegenden Antrags interessiert aufgenommen und es fanden sehr viele Gespräche darüber statt.

## Was bedeuten die Entwicklungen insgesamt für die Sozialproteste?

Ist es ein Fortschritt, dass nun endlich besonders mit dem Beschluss des Bundesparteitags DIE LINKE Schritte dahin getan werden, dass das Existenzminimum von Erwerbstätigen nicht mehr besteuert werden soll?

Ist es ein bedeutender Missstand, dass zur Zeit noch Erwerbstätige am unteren Rand des Einkommensspektrums Steuern zahlen, um dann faktisch einen Teil ihrer eigenen Lohnsteuern als Hartz-IV-Bedarf zurück bekommen zu können – gesetzt den Fall, dass sie neben ihrer Vollzeiterwerbstätigkeit noch zum Jobcenter gehen und ihren Aufstockungsbedarf beantragen?

Was bedeutet es, wenn das Existenzminimum grundsätzlich nicht mehr zur Berechnung der Lohn- und Einkommensteuerpflicht heran gezogen werden soll? Eigentlich sollte das selbstverständlich sein, weil das Bundesverfassungsgericht dies 1992 genau so beschlossen hat: <<http://lexetius.com/1992,419#17>>

*„Die zu niedrigen Grundfreibeträge seien auch dann verfassungswidrig, wenn die Steuerpflichtigen zur Erfüllung der Einkommensteuerschuld den das Existenzminimum verkörpernden Teil ihres Einkommens nicht anzugreifen brauchten. Die verfassungsgemäße Festlegung der Grundfreibeträge setze nicht nur voraus, daß den Steuerpflichtigen nach Abzug der Steuern das Existenzminimum verbleibe; vielmehr dürfe der Gesetzgeber nur das über das Existenzminimum hinausgehende Einkommen der Besteuerung unterwerfen.“*

## Sind diese von uns erreichten Durchsetzungsschritte Fortschritte für die Sozialproteste?

Nachdem seit Beginn 2014 angekündigt war, dass die Bundesregierung Änderungen in den Hartz-Gesetzen unter dem Namen „Rechtsvereinfachungen“ vorbereite, gibt es dazu nun einen Referentenentwurf: <<http://tacheles-sozialhilfe.de/startseite/tickerarchiv/d/n/1912/>>

Es wundert uns nicht mehr, dass wir und alle anderen Organisationen der Erwerbslosen inner- und außerhalb der Gewerkschaften seit 2005 fast keinen maßgeblichen Erfolg im Kampf gegen die skandalösen Hartz-Gesetze erreichen konnten, obwohl offenbar ist, dass sie wesentlich zum Drücken der Löhne in Deutschland beitragen. Einzig können wir positiv verbuchen, dass auf Hartz IV nicht wie damals noch beabsichtigt Hartz V und VI folgen konnten.

## Wie die Bevölkerung über Jahrzehnte zum Gegner des Sozialstaats gemacht worden ist

Wie soll man erwarten, dass höhere und mit weniger entfesselten Sanktionsandrohungen verknüpfte Leistungen befürwortet werden, wenn sie sogar durch Leute mitfinanziert werden müssen, die dadurch, dass sie Lohnsteuer zahlen, nach genau dieser Leistung bedürftig gemacht werden können? Die Erwerbstätigen verstoßen durch die Unterstützung von Hartz-IV-Verschärfungen gegen ihr eigenes Interesse. Dies kommt aber nicht von ungefähr, sondern wird unter anderem durch Manipulation im Steuersystem herbei geführt und muss geändert werden.

**Der Grundfreibetrag der Einkommensteuer ist eine zentrale Stellschraube im Steuersystem. Wenn er unter dem Existenzminimum liegt, ist dieser Umstand geeignet, die gesamte Gesellschaft tendenziell zum Gegner des Sozialstaats zu machen.**

Darüber hinaus greift im geltenden Steuerrecht eine weitere scharfe Progressionsstufe der Einkommensteuer auf 24 Prozent noch unterhalb des gesetzlichen Mindestlohns. Sogar der in Vollzeit erwerbstätige Mindestlöhner zahlt für den seinen Steuerfreibetrag übersteigenden Teil seines Einkommens mit im Schnitt 16 Prozent einen höheren Steuersatz als die Deutsche Bank und andere Konzerne. Als Körperschaften zahlen diese für den ihren steuerlichen Freibetrag übersteigenden Anteil ihrer Milliardengewinne nur genau 15 Prozent und niemals mehr.

Durch diese weitere bei der Einkommensteuer der Erwerbstätigen vorgenommene Manipulation, nämlich die viel zu scharfe Progression im unteren Bereich, ist also alles dafür

getan, dass die Bevölkerung einkommensabhängige Besteuerung ablehnt und Einkommens- und Vermögensreichtum nicht genügend besteuert werden kann.

Die so provozierte Ablehnung von einkommensabhängigen Steuern kann man als einen wichtigen Beitrag dazu ansehen, dass die einkommensunabhängige Finanzierung der öffentlichen Aufgaben unverhältnismäßig ausgebaut und die Reichen so von Steuern entlastet werden konnten:

Durch immer weiter steigende Mehrwertsteuer und einkommensunabhängige Beiträge, und im kommunalen Bereich durch kommunale Steuern, immer höhere Gebühren, Abgaben und Eintrittspreise – sämtlich einkommensunabhängige Posten.

Die Forderung nach der Steuerfreiheit des Existenzminimums kann, wenn sie konsequent vermittelt wird, ein Hebel sein, um diese für die Masse der Bevölkerung nachteiligen Entwicklungen rückgängig zu machen. Mit der sogenannten linearen Progression hat die Partei DIE LINKE schon in ihrem seit 2009 beworbenen Steuerkonzept ein Rezept, um die Progression im unteren und mittleren Einkommensbereich zu entschärfen.

Bisher hat der Bundesvorstand aber leider die dringend notwendige und im Juni durch die Partei beschlossene Steuerfreiheit des Existenzminimums noch nicht in sein Steuerkonzept eingearbeitet.

Es hat den Anschein, dass eine Erinnerung des Parteivorstandes durch die Parteibasis sehr hilfreich wäre.

Dann müssten die bisher sich als Steuersenkungsparteien verkaufenden Agenda-Parteien wie CDU/CSU, SPD, FDP und Grüne darüber nachdenken, ob sie es sich weiterhin leisten können, die mittleren und niedrigen Einkommen unverhältnismäßig stark zu besteuern.

Mit solidarischen Grüßen

Thomas Elstner, Teimour Khosravi, Peter Moser, Sabine Podewin, Tommi Sander, Edgar Schu, Dieter Weider, Walter Michael Wengorz, Helmut Woda

***Kontaktdaten aller Kokreismitglieder:***

<http://www.die-soziale-bewegung.de/kontakt.html>

**Vernetzungsbüro:** Edgar Schu, edgar.schu at die-soziale-bewegung.de, Tel.: 0551 20190386 und Sabine Podewin, soaev at jpberlin.de

Eintragen in/Austragen aus dem bundesweiten Rundmailverteiler per formlose Email an [info@die-soziale-bewegung.de](mailto:info@die-soziale-bewegung.de)